

Klug haushalten ist das Gebot der Stunde

Die aktuellen Diskussionen um den städtischen Haushalt werden in Dresden intensiv geführt.

Es liegen eine Reihe verschiedener Sparvorschläge auf dem Tisch. Die politischen Akteure der Landeshauptstadt positionieren sich vielfältig.

Die CDU Dresden hält grundsätzlich an der Schuldenfreiheit Dresdens fest. Einen entsprechenden Beschluss fasste gestern der Kreisvorstand.

„Wir halten eine grundsätzliche strukturelle Neuausrichtung der Haushaltspolitik für dringend notwendig. Die Ausgaben der Landeshauptstadt übersteigen die Einnahmen. Hier erwarten wir eine klarere Begrenzung der Ausgaben und klare Prioritäten. Allerdings muss hier mit sozialer und wirtschaftlicher Vernunft vorgegangen werden. Kommunale Kredite für wichtige Infrastrukturvorhaben, wie die Carolabrücke, können wir nur dann mittragen, wenn zuvor das strukturelle Defizit im Stadthaushalt beseitigt wird.“ sagt Dr. Markus Reichel MdB, der Vorsitzende der Dresdner CDU.

„Ein „Weiter so!“ mit neuen Schulden zu finanzieren, kommt für uns nicht in Frage! Wir fordern, dass die laufenden Ausgaben und Verwaltungskosten nachhaltig gesenkt werden. Insbesondere erwarten wir, dass die Verwaltung spürbare Kostensenkungen durch Digitalisierung und Abbau von Doppelstrukturen endlich angeht. Dies schafft zugleich Spielräume, um einzelne undurchdachte Kürzungen im Sozialbereich und bei den Investitionen abzumildern.“ so Heike Ahnert, die Vorsitzende CDU-Fraktion im Dresdner Stadtrat.

„Aufgaben, die die Stadt von Bund und Land übertragen bekommt, müssen auskömmlich finanziert sein. Dass die Kommunen hier noch draufzahlen müssen, ist nicht haltbar. Deswegen brauchen wir in der kommenden Bundestagswahl einen Politikwechsel; die CDU hat hierfür klare Vorstellungen.“ ergänzt Reichel abschließend.

Den gesamten Text des Beschlusses finden Sie beiliegend.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Lutz Barthel, Pressesprecher CDU Dresden
(017682329366)

BESCHLUSS

des Kreisvorstands der CDU Dresden

Gegenstand:

Verantwortung zählt: Stabile Finanzen für kommende Generationen – Haushaltspolitische Grundsätze der CDU Dresden.

Beschluss:

Die CDU Dresden steht für eine Politik der Schuldenfreiheit. Sie stellt sich daher ihrer Verantwortung in einer Zeit neuer finanzieller Realitäten und wird beim städtischen Haushalt kein schuldenfinanziertes „Weiter so“ zulassen, wie es politische Mitbewerber fordern. Wir sorgen auch dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nicht immer stärker Belastungen durch unvermeidbar hohe Abgaben und Gebühren ausgesetzt werden. Stattdessen bedarf es grundlegender struktureller Änderungen bei den Ausgaben der Landeshauptstadt Dresden und der städtischen Unternehmen, um die Erfüllung kommunaler Aufgaben mit den verfügbaren finanziellen Mitteln zu ermöglichen. Eine konsequente Haushaltspolitik schafft zudem die Möglichkeit soziale und kulturelle Härten zu mildern. Jeder Euro, der durch Schulden finanziert wird, belastet die Stadt hingegen über Jahre und schränkt in naher Zukunft und für kommende Generationen Handlungsspielräume ein.

Die Höhe der verfügbaren finanziellen Mittel hängt von der wirtschaftlichen Lage unseres Landes ab. Auf Bundesebene ist dringend eine bessere und wirtschaftsfreundlichere Politik nötig. Zugleich legen Bund und Land den Kommunen immer neue und kompliziertere Aufgaben auf, ohne die damit verbundenen Kosten zu decken. Bundespolitische Transformationsvorhaben wie die Verkehrswende, Wärmewende und Energiewende sind nur die Spitze immer neuer Handlungsfelder, die von den Kommunen mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanziert werden müssen. Auch die Migrations- und Sozialpolitik belasten die kommunalen Haushalte immer stärker. Im Ergebnis fehlt es unserer Stadt an finanziellen Ressourcen, um wirtschafts- und umweltpolitischen Herausforderungen zu begegnen sowie die Infrastruktur zu erhalten und auszubauen, um den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein lebenswertes Umfeld zu bieten. Unter diesen Vorzeichen leidet auch die Wirtschaft und jegliches gesellschaftliches Engagement. Dresden hat gleichzeitig ein selbstverursachtes Ausgabeproblem: Die Stadt hat zu lange über ihre Verhältnisse gelebt, Standards immer weiter erhöht und falsche Prioritäten gesetzt. Stadtpolitik und Stadtgesellschaft müssen sich auf leistbare Vorhaben zum Wohle Dresdens, der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft einigen.

Obwohl es eigentlich auf Bundesebene dringend Veränderungen und einer angemessenen Finanzierung der Kommunen braucht, wird sich die CDU Dresden vor Ort weiter für eine Haushaltspolitik einsetzen, die ordnungspolitisch klar und konsequent ist. Um langfristige Einschränkungen zu verhindern, bedarf es bereits im Doppelhaushalt 2025/2026 einer Richtungs-umkehr. Dresden muss sich in den nächsten Jahren auf seine Kernaufgaben fokussieren und den städtischen Haushalt entsprechend ausrichten. Nur Investitionen mit hoher Priorität dürfen im städtischen Haushalt und bei städtischen Unternehmen kreditiert werden. Zudem ist es notwendig, eine schleichende Verschuldung durch Kassenkredite zu unterbinden. Die Stadtverwaltung muss eine kritische Überprüfung ihrer Aufgaben, Prozesse sowie ihren Personalbestand vornehmen und sich spürbar verschlanken.

Analyse der Rahmenbedingungen:

Die CDU Dresden geht von folgenden fiskalischen Rahmenbedingungen aus:

1. Wegen falscher politischer Weichenstellungen steckt Deutschland in einer schweren strukturellen Wirtschaftskrise. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Vor allem die Kommunen stecken in einer finanziellen Notlage.
2. Dass in dieser Notlage die Einnahmen nicht mit den Ausgaben Schritt halten, ist keine vorübergehende „Delle“ – im Gegenteil. Dieser fiskalischen Realität müssen wir uns stellen. Die Behauptung politischer Mitbewerber, dass es nur einiger schuldenfinanzierter Maßnahmen zur Überbrückung bedürfe, ist falsch. Diese würden die Rahmenbedingungen nicht ändern, sondern mit Zins und Tilgung die Stadt zunehmend belasten.
3. Auch im Vergleich zu anderen Kommunen sind die Ausgaben Dresdens im letzten Jahrzehnt auf ein Rekordniveau gestiegen. In vielen Bereichen wurden vom Stadtrat und der Stadtverwaltung neue Aufgaben etabliert und Standards erhöht. Andererseits bringen Bundes- und Landesrecht die Stadt mit immer neuen Vorgaben an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Dabei werden Aufgaben übertragen, ohne die notwendigen Mittel für ihre Umsetzung bereitzustellen (Verletzung des Konnexitätsprinzips). Auch deshalb sieht sich die Landeshauptstadt Dresden nicht nur mit einem Einnahmeproblem, sondern auch mit einem Ausgabeproblem konfrontiert. Gleichzeitig werden beinahe im Überfluss städtische Projekte initiiert, deren Umsetzung mittelfristig weder personell noch finanziell möglich ist.
4. Die Landeshauptstadt Dresden war vor dem Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WoBa) bereits mit den schädlichen Folgen einer fortwährenden Verschuldung konfrontiert. Unsere Stadt konnte durch den damaligen Verkaufserlös und eine konsequente Haushaltspolitik die Schuldenfreiheit erringen. Ohne die Last von Schulden konnte in Bildung, Infrastruktur und Kultur investiert werden, anstatt Zins und Tilgung an Banken zu überweisen und künftige Generationen zu belasten. Ein verschuldetes Dresden hätte das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wachstum seit 2006 hingegen nicht finanzieren können. Wenn politische Mitbewerber heute die Behauptung aufstellen, Schulden seien kein Problem, so missachten sie eindrücklich die Lehren der Vergangenheit.
5. Die Sächsische Gemeindeordnung bestimmt als Lehre kommunaler Finanzkrisen strenge Bedingungen für die Schuldenaufnahme. Vorgesehen sind Kassen- und Investitionskredite. Bereits heute werden Kassenkredite, die nur dazu dienen, Einnahmen und Ausgaben vorübergehend auszugleichen, zur Finanzierung des Haushaltes verwendet. Die Problematik besteht darin, dass diese Kassenkredite nicht vollständig durch zukünftige Einnahmen abgesichert sind. Ohne aktives Gegensteuern kommt es dadurch zu einer schleichenden und intransparenten Verschuldung.

Die CDU Dresden sieht aufgrund dieser Analyse einen grundlegenden Unterschied zwischen ihrer Haushaltspolitik und jener ihrer politischen Mitbewerber. Letztere leiten aus falschen Prämissen fehlgeleitete Schlussfolgerungen ab und rechtfertigen damit schuldenfinanzierte Maßnahmen, die letztlich keine Wirkung entfalten.

Haushaltspolitische Grundsätze und Maßnahmen:

Die Haushaltspolitik der CDU Dresden ist konsequent und zukunftsorientiert. In Anbetracht der festgestellten Rahmenbedingungen gelten für die CDU Dresden in der gegenwärtigen Notlage folgende haushaltspolitische Grundsätze:

1. Die CDU Dresden stellt sich der Haushaltsrealität. Es braucht strukturelle Veränderungen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Unternehmen, um die Ausgaben zu reduzieren und die kommunalen Kernaufgaben mit den verfügbaren Mitteln zu erfüllen. Eine

Überschuldung ist zu verhindern, da ansonsten Externe die Prioritätenfestlegung für das dann aufzustellende Haushaltsstrukturkonzept übernehmen würden.

2. Mit der CDU Dresden wird es keine Erhöhung der Abgaben und Gebühren geben, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unvertretbar belasten würde. Daher kann den gegenwärtigen Vorschlägen des Oberbürgermeisters so nicht zugestimmt werden. Statt Menschen und Unternehmen in angespannten Zeiten noch finanziell stärker zu belasten, müssen vorhandene Probleme strukturell gelöst werden.
3. Es ist notwendig den Umgang mit Fördermitteln zu überdenken: Eine moderne Stadtentwicklung ist aufgrund der finanziellen Ausstattung der Kommunen ohne Förderung durch EU, Bund und Freistaat Sachsen nicht möglich. Die vorgegebenen Fördertöpfe – als „goldene Zügel“ – spiegeln jedoch nicht die tatsächlichen Bedarfe wider. Auch ist nicht jedes geförderte Vorhaben notwendig oder finanziell sinnvoll. Die von der Stadt aufzubringenden Eigenanteile sowie die Finanzierung der Folgekosten stehen für andere Projekte nicht zur Verfügung. Daher darf nicht allein aufgrund von Fördertöpfen über die Durchführung von Projekten entschieden werden. Die Stadtverwaltung muss die Beantragung von Fördermitteln in Zukunft an die durch den Stadtrat vorgegebenen Prioritäten anpassen.
4. Die CDU Dresden lehnt ausdrücklich ein schuldenfinanziertes „Weiter so“ ab. Um finanzielle Spielräume bis in das nächste Jahrzehnt zu erhalten und unsere Kinder und Enkel nicht einseitig zu belasten, müssen die Ausgaben gesenkt und möglichst auf Kredite verzichtet werden.

Daher muss für die Haushalte der Landeshauptstadt Dresden und der städtischen Unternehmen Folgendes gelten:

- a) Kassenkredite dürfen nicht zu einer dauerhaften Verschuldung führen, weswegen hier ein besonderes Augenmerk der Haushaltsüberwachung liegt.
- b) Es wird mit der CDU keine Konstruktionen geben, die durch Auslagerung von Ausgaben in Investitionskredite lediglich Spielräume für ein „Weiter so“ schaffen. Ohne ehrliche Finanzierung darf es keine Investitionskredite geben und vor einer Kreditaufnahme müssen bestehende strukturelle Probleme angegangen werden.

Investitionskredite dürfen nur im Ausnahmefall und für prioritäre Vorhaben aufgenommen werden. Prioritäre Investitionen rechnen sich und dienen der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt, sodass sie zu höheren Steuereinnahmen führen. In Ausnahmefällen können auch Investitionen, welche etwa unabweisbare Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen betreffen, kreditfinanziert werden, wenn dadurch Mehrkosten verhindert werden, die höher sind als die Finanzierungskosten eines Kredites.

Momentan sind keine finanziellen Mittel für den Wiederaufbau der Carolabrücke eingeplant. Allerdings ist es im Interesse der Stadt dringend notwendig, dass die Brücke schnellstmöglich wieder aufgebaut wird. Sollte die Landeshauptstadt Dresden allein die Finanzierung des Wiederaufbaus stemmen müssen, käme es zur Kostendeckung zu drastischen Einschnitten in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport. Die CDU Dresden sieht einen Investitionskredit als Ausnahmeoption, um dies zu verhindern.

- c) Es ist dringend notwendig, die laufenden und geplanten Kredite in den städtischen Unternehmen durch die Vorstände, Aufsichtsräte und die Beteiligungsverwaltung kritisch zu überprüfen. Intransparente und verschuldete Nebenhaushalte dürfen bei den städtischen Unternehmen nicht entstehen, da ansonsten mittelfristig deren Aufgabenerledigung gefährdet ist. Außerdem haftet die Landeshauptstadt Dresden als Eigentümerin immer für ihre Töchter, sodass letztlich doch durch Millionen-Zuschüsse aus dem Kernhaushalt eine finanzielle Rettung der Unternehmen erfolgen muss.

- d) Die vertraglichen Regelungen zur Gewinnaufteilung zwischen den städtischen Unternehmen und der Landeshauptstadt Dresden sind zu überprüfen. Es muss angestrebt werden, Gewinne stärker zu Gunsten Dresdens und zur Entlastung der Technischen Werke Dresden zu verwenden.
5. Insbesondere in Zeiten, in denen die finanziellen Mittel rar sind, haben die Bediensteten der Stadtverwaltung eine große Verantwortung. Unsere Stadt braucht engagierte und leistungsfähige Mitarbeiter, die Verwaltungsaufgaben effizient und effektiv erledigen. In den letzten zehn Jahren ist der Personalumfang jedoch erheblich gestiegen. Auch deswegen haben die Personalkosten und deren Anteil am Gesamthaushalt erheblich zugenommen. Um diesen Trend umzukehren, ist es notwendig, die Aufgaben, Prozesse und Ausstattung der Stadtverwaltung kritisch zu überprüfen. Es soll erreicht werden, dass durch Prozessoptimierung, Standardreduzierung und digitale Transformation die kommunalen Aufgaben mit weniger Personal erledigt werden.

Dieser Ansatz und die demographische Entwicklung ermöglichen eine Personalreduzierung mit folgender Zielstellung:

- a) Ausgehend vom Haushaltsjahr 2024 darf es keinen weiteren Zuwachs bei den Stellen geben. Die Anzahl der Stellen ist bis zum Haushaltsjahr 2027 um fünf Prozent und bis zum Haushaltsjahr 2029 um weitere fünf Prozent zu reduzieren.
 - b) Der Oberbürgermeister soll den Auftrag erhalten, ein Personalreduktionskonzept zu erstellen, das auf Altersabgängen, einer Aufgabenkritik und konsequenter Prioritätensetzung basierende Vorschläge für einen Mindestreduktionspfad enthält. Im Gegenzug soll der Stadtrat entlastend Aufgaben reduzieren und Standards zurücknehmen. Die Stadtpolitik muss akzeptieren, dass eine Reduktion des Personals auch eine Veränderung der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung zur Folge hat.
 - c) Das Personalreduktionskonzept muss eine aufgabenbezogene Verlagerung von Bestandpersonal zwischen den Ämtern sowie die Weiterqualifizierung der Bediensteten berücksichtigen. Aufgaben mit weniger Personal erledigen zu können, kontinuierliche Fortbildungen voraus. Daher sind erforderliche Einsparungen nicht durch die Reduzierung von Fortbildungsmitteln zu erwirtschaften. Um die Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung auch für die Zukunft zu garantieren, muss zudem die kontinuierliche Ausbildung und Übernahme in den für die Stadtverwaltung relevanten Berufen und Studiengängen sichergestellt werden.
 - d) Um mittelfristig Personal einzusparen, muss die Stadtverwaltung ihre eigene digitale Transformation konsequent vorantreiben. Dazu müssen der Stadtrat und die Stadtverwaltung insbesondere die Voraussetzungen für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, die Registermodernisierung und die flächendeckende Einführung einer durchgängigen elektronischen Vorgangsbearbeitung schaffen.
6. Auch der Stadtrat muss Verantwortung übernehmen, indem er nachhaltig vernünftige Entscheidungen trifft und zu Einsparungen beiträgt, etwa durch die Reduzierung von Ausschüssen und Beiräten. Beschlüsse, die in einer guten Finanzlage noch nicht umgesetzt wurden, sollten zudem mit dem Ziel der Kostensenkung überprüft werden. Es soll auch vermieden werden, dass die Stadtverwaltung darüber entscheidet, welche der zahlreichen bestehenden Stadtratsbeschlüsse mit den verfügbaren Mitteln umgesetzt werden können. Darüber hinaus ist eine konsequente Aufgabenprüfung nicht nur in der Stadtverwaltung, sondern auch in der Stadtpolitik notwendig. Insbesondere sozialpolitische Projekte benötigen einen klar definierten Nutzen und können nicht allein auf eine allgemeine Umverteilung ausgerichtet sein. Die CDU Dresden verfolgt zudem das Ziel, Vereine, Unternehmen bzw. Investoren oder soziale und kulturelle Institutionen zu unterstützen, die auch in

schwierigen Zeiten Dresden voranbringen wollen. Es gilt, Hindernisse und Auflagen abzubauen, die ehrenamtliches und wirtschaftliches Wirken erschweren, Entwicklungen behindern und die finanziellen sowie personellen Ressourcen der Landeshauptstadt Dresden belasten.

7. Aus Sicht der CDU Dresden bieten die Mittel der Ortschafts- und Stadtbezirksbeiräte auch in Zeiten einer angespannten Haushaltslage eine gute und effektive Möglichkeit passgenau soziale und kulturelle Projekte sowie Bauvorhaben zu unterstützen. Die notwendigen Mittel sollen daher nicht übermäßig gekürzt werden.

Weiteres Vorgehen:

Die haushaltspolitischen Grundsätze sind Grundlage für die politische Arbeit der CDU Dresden. Die anstehende Haushaltsdebatte wird auf Grundlage des Beschlusses in der Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Die Mitgliedschaft ist, insbesondere als Grundlage für innerparteiliche Debatten zur Begleitung der politischen Arbeiten, auf geeignete Art zu informieren.